



## 17. Wahlperiode

## 1. Sitzung

Mittwoch, den 18.05.2016

**Mainz**  
in der Steinhalle des Landesmuseums

<b>Eröffnung durch die Alterspräsidentin . . .</b>	<b>4</b>	<i>Einstimmige Wahl des Abgeordneten Hendrik Hering auf Vorschlag des Abgeordneten Alexander Schweitzer. . . . .</i>	<b>12</b>
Alterspräsidentin Cornelia Willius-Senzer:	4		
<b>Namensaufruf der Abgeordneten . . . . .</b>	<b>7</b>	<b>Amtsübernahme durch den Präsidenten . . . . .</b>	<b>12</b>
Abg. Jaqueline Rauschkolb, SPD: (schriftführende Abgeordnete) . . . . .	7	Präsident Hendrik Hering: . . . . .	12
Abg. Damian Lohr, AfD: (schriftführender Abgeordneter) . . . . .	9	<b>Wahl der weiteren Mitglieder des Vorstandes . . . . .</b>	<b>14</b>
<i>Nach Namensaufruf der Abgeordneten durch die vorläufigen schriftführenden Abgeordneten, Abgeordnete Jaqueline Rauschkolb und Abgeordneter Damian Lohr, stellt Alterspräsidentin Cornelia Willius-Senzer fest, dass der Landtag vollständig versammelt und damit beschlussfähig ist. . . . .</i>	10	Abg. Uwe Junge, AfD: . . . . .	14
<b>Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Landtags</b>		Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: . . . . .	14
<b>dazu:</b>		Abg. Alexander Schweitzer, SPD: . . . . .	14
<b>Vorläufige Geschäftsordnung des Landtags Rheinland-Pfalz</b>		Abg. Julia Klöckner, CDU: . . . . .	14
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Abg. Martin Haller, SPD: . . . . .	14
– Drucksache 17/2 –		Abg. Barbara Schleicher-Rothmund, SPD: . . . . .	15
Änderungsantrag der Fraktion der AfD		Abg. Hans-Josef Bracht, CDU: . . . . .	15
– Drucksache 17/5 – . . . . .	10	<i>Mehrheitliche Annahme des Antrags der SPD-Fraktion, zwei Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter des Präsidenten zu wählen.</i>	
Abg. Uwe Junge, AfD: . . . . .	10	<i>Eine Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion, eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter des Präsidenten zu wählen, entfällt somit.</i>	
Abg. Martin Haller, SPD: . . . . .	11	<b>Mehrheitliche Wahl der Abgeordneten Barbara Schleicher-Rothmund auf Vorschlag des Abgeordneten Alexander Schweitzer als Stellvertreterin des Präsidenten.</b>	
Abg. Martin Brandl, CDU: . . . . .	11	<i>Eine Abstimmung über den Vorschlag der AfD, anstelle der Abgeordneten Barbara Schleicher-Rothmund den Abgeordneten Michael Frisch als Stellvertreter des Präsidenten zu wählen, entfällt somit.</i>	
<i>Mehrheitliche Ablehnung des Änderungsantrags – Drucksache 17/5 –.</i>		<b>Wahl des Präsidenten des Landtags . . . . .</b>	<b>12</b>
<i>Mehrheitliche Annahme des Antrags – Drucksache 17/2 –. . . . .</i>	11	Abg. Alexander Schweitzer, SPD: . . . . .	12
<b>Wahl des Präsidenten des Landtags . . . . .</b>	<b>12</b>	Abg. Hendrik Hering, SPD: . . . . .	12
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: . . . . .	12	<i>Einstimmige Wahl des Abgeordneten Hans-Josef Bracht auf Vorschlag der Abgeordneten Julia Klöckner zum Stellvertreter des Präsidenten. . . . .</i>	<b>15</b>
Abg. Hendrik Hering, SPD: . . . . .	12		

<b>Wahl der schriftführenden Abgeordneten</b>	<b>dentin ernannten Ministerinnen und Minister</b> . . . . .	<b>18</b>
<b>dazu:</b>		
<b>Wahl der schriftführenden Abgeordneten</b>		
Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/3 – . . . . .	Malu Dreyer, Ministerpräsidentin: . . . . .	18, 19
	. . . . .	20
	<b>15</b>	
<i>Einstimmige Annahme des Wahlvorschlags – Drucksache 17/3 – . . . . .</i>	<i>Ministerin Malu Dreyer gibt bekannt, dass sie gemäß Artikel 98 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung</i>	
	<b>15</b>	
	<i>Herrn Dr. Volker Wissing zum Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau,</i>	
	<i>Herrn Roger Lewentz zum Minister des Innern und für Sport,</i>	
	<i>Frau Doris Ahnen zur Ministerin der Finanzen,</i>	
	<i>Herrn Herbert Mertin zum Minister der Justiz,</i>	
	<b>15</b>	
<i>Einstimmige Annahme des Antrags – Drucksache 17/4 – . . . . .</i>	<i>Frau Sabine Bätzing-Lichtenthäler zur Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie,</i>	
	<b>15</b>	
<b>Wahl der Ministerpräsidentin/des Ministerpräsidenten</b> . . . . .	<i>Frau Anne Spiegel zur Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz,</i>	
	<b>15</b>	
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: . . . . .	<b>15</b>	
Abg. Damian Lohr, AfD: (schriftführender Abgeordneter) . . . . .	<b>16</b>	
Abg. Jaqueline Rauschkolb, SPD: (schriftführende Abgeordnete) . . . . .	<b>16</b>	
Abg. Malu Dreyer, SPD: . . . . .	<b>17</b>	
<i>Für die Wahl zur Ministerpräsidentin wird vom Abgeordneten Alexander Schweitzer die Abgeordnete Malu Dreyer vorgeschlagen.</i>	<i>Herrn Professor Dr. Konrad Wolf zum Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur</i>	
<i>Ergebnis nach geheimer Abstimmung:</i>	<i>ernannt hat.</i>	
<i>abgegebene Stimmzettel: 101</i>	<i>Sie bittet um Bestätigung der Landesregierung gemäß Artikel 98 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung.</i>	
<i>ungültige Stimmen: 0</i>	<i>Ministerpräsidentin Malu Dreyer gibt ferner bekannt, dass sie gemäß Artikel 105 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung Herrn Dr. Volker Wissing zu ihrem Stellvertreter bestimmt hat.</i>	
<i>gültige Stimmen: 101</i>	<i>Sie bittet hierzu um die Zustimmung des Landtags. . . . .</i>	<b>20</b>
<i>Es stimmten:</i>	<b>Vereidigung der Ministerinnen und Minister</b>	<b>20</b>
<i>mit „Ja“: 52 Abgeordnete</i>	Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie: . . . . .	20
<i>mit „Nein“: 49 Abgeordnete</i>	Herbert Mertin, Minister der Justiz: . . . . .	20
<i>Enthaltung: 0 Abgeordnete</i>	Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau: . . . . .	20
<i>Der Präsident des Landtags stellt die Wahl der Abgeordneten Malu Dreyer zur Ministerpräsidentin fest.</i>	Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen: . . . . .	20
<i>Annahme der Wahl durch die Abgeordnete Malu Dreyer. . . . .</i>	Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport: . . . . .	20
<b>Vereidigung der Ministerpräsidentin . . . . .</b>	<b>17</b>	
Malu Dreyer, Ministerpräsidentin: . . . . .	Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur: . . . . .	21
<b>Bekanntgabe der durch die Ministerpräsi-</b>	Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten: . . . . .	21

**Landtag Rheinland-Pfalz - 17. Wahlperiode - 1. Sitzung, 18.05.2016**

Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen,  
Jugend, Integration und Verbraucherschutz:  
Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

**Bestätigung der Landesregierung gemäß  
Artikel 98 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung .**

*Der Landtag erteilt mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU und AfD der von Ministerpräsidentin Malu Dreyer gebildeten Landesregierung die nach Artikel 98 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung zur Übernah-*

21	<i>me der Geschäfte erforderliche ausdrückliche Bestätigung. . . . .</i>	<b>21</b>
21	<b>Zustimmung zur Ernennung eines stellvertretenden Ministerpräsidenten gemäß Artikel 105 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung . . .</b>	<b>21</b>
21	<i>Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU und AfD, stimmt der Landtag nach Artikel 105 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung der Bestimmung des Staatsministers Dr. Volker Wissing zum stellvertretenden Ministerpräsidenten zu.</i>	<b>21</b>

\* \* \*

**Präsidium:**

Alterspräsidentin Cornelia Willius-Senzer, Präsident Hendrik Hering, Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund

**1. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz  
am 18.05.2016**

(Beifall im Hause)

Beginn der Sitzung: 11:00 Uhr

seine Exzellenz, den Bischof von Trier, Herrn Dr. Stephan Ackermann,

(Beifall im Hause)

**Punkt 1** der Tagesordnung:

und den Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Herrn Dr. Volker Jung.

**Eröffnung durch die Alterspräsidentin**

(Beifall im Hause)

**Alterspräsidentin Cornelia Willius-Senzer:**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur ersten Plenarsitzung der 17. Wahlperiode heiße ich Sie alle herzlich willkommen!

Ihnen möchte ich für den ökumenischen Gottesdienst in der St. Peterskirche, den Sie gemeinsam gestaltet haben, und für Ihre geistliche Orientierung, mit der wir in diesen Tag und in diese Legislaturperiode gehen durften, danken.

Bei der konstituierenden Sitzung des Landtags ist es Brauch, dass das an Lebensjahren älteste Mitglied die Sitzung eröffnet.

Begrüßen möchte ich weiter Herrn Avadislav Avadiev, den Vorsitzenden des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz,

Mein Name ist Cornelia Willius-Senzer, ich wurde am 13. Juli 1943 in Mainz geboren. Befindet sich jemand unter den gewählten Mitgliedern des Landtags, der älter ist als ich? –

(Beifall im Hause)

(Heiterkeit im Hause)

sowie Frau Stella Schindler-Siegreich, die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Mainz,

(Beifall im Hause)

Das ist – so sieht es erwartungsgemäß aus – leider nicht der Fall.

Herrn Jiri Perina, den Vizepräsidenten unserer Partnerregion Mittelböhmen,

(Heiterkeit im Hause)

(Beifall im Hause)

Damit habe ich die Aufgabe und Ehre, als Alterspräsidentin des neuen rheinland-pfälzischen Landtags diese Sitzung zu eröffnen.

den Präsident des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz, Herrn Dr. Lars Brocker,

(Beifall im Hause)

In diesem Landtag haben Frauen in der Vergangenheit bereits viele Aufgaben übernommen. Eine Alterspräsidentin gab es bis heute noch nicht. Ich freue mich, dass ich die erste Frau bin, die dieses Amt in der bald 70-jährigen Geschichte unseres Landes wahrnimmt.

den Präsidenten des Rechnungshofs, Herrn Klaus P. Behnke,

(Beifall im Hause)

Zunächst begrüße ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete. Der neue Landtag besteht nach wie vor aus 101 Abgeordneten. Neu aber ist, dass nicht mehr drei, sondern erstmals fünf Fraktionen dem Landtag angehören. Das Parlament setzt sich aus den wiedergewählten und den neu gewählten Abgeordneten zusammen. Neu gewählt – das trifft auch auf mich zu.

den Bürgerbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz, Herrn Dieter Burgard,

(Beifall im Hause)

Es ist übrigens nach Gottlieb Spies 1991 erst das zweite Mal, dass ein erstmals gewähltes Mitglied gleich die Alterspräsidentenschaft übernimmt. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen allen.

den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Herrn Professor Dr. Dieter Kugelman,

(Beifall im Hause)

An dieser Stelle möchte ich auch eine Reihe von Ehrengästen begrüßen, die auf der Besuchertribüne oben Platz genommen haben. Ich begrüße als erstes die Generalkonsulin der Republik Frankreich, Frau Sophie Laszlo,

den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt, Herrn Michael Ebling,

(Beifall im Hause)

(Beifall im Hause)

Herrn Dietmar Muscheid, den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Rheinland-Pfalz.

(Beifall im Hause)

den Generalkonsul der Republik Türkei und Doyen des Consularischen Corps in Rheinland-Pfalz, Herrn Arif Eser Torun,

Sehr gerne begrüße ich auch ehemalige Parlamentarier des Landtags, stellvertretend Frau Staatsministerin a.D. Jeanette Rott-Otte, die Vizepräsidentin der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags,

(Beifall im Hause)

meinen Vorgänger als Alterspräsident, Herrn Carsten Pörksen,

(Beifall im Hause)

die ehemalige Vizepräsidentin Hannelore Klamm.

(Beifall im Hause)

Mit besonderer Freude begrüße ich die ehemaligen Landtagspräsidenten Christoph Grimm und Joachim Mertes.

(Beifall im Hause)

Beide haben unseren Landtag mit geprägt. Herr Mertes, Sie übergeben heute Ihr Amt an den Nachfolger nach zehn Jahren im Amt. Ihre Arbeit ist bereits und wird noch an anderer Stelle gewürdigt werden. Ich möchte Ihnen heute herzlich danken für Ihr Engagement für die notwendige und nachhaltige Sanierung des Deutschhauses, unseres Sitzes. Dort haben die Arbeiten bereits begonnen, nach deren Vollendung wir ein Parlamentsgebäude auf der Höhe der Zeit beziehen werden.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Dieser Landtag tagt also deshalb nicht an seinem angestammten Ort, sondern in diesem Interimsplenarsaal in der Steinhalle. Er sieht gar nicht nach Interim aus. Er ist wunderschön geworden.

(Beifall im Hause)

Die Aufgaben aber bleiben. Bevor wir die wichtigen Tagesordnungspunkte dieser Sitzung behandeln, möchte ich, wie es Tradition ist, als Alterspräsidentin einige Bemerkungen vortragen, die mir persönlich mit Blick auf die Geschichte, Gegenwart und Zukunft unseres schönen Bundeslandes Rheinland-Pfalz wichtig sind.

Unser Land wird nun bald 70 Jahre alt. Am 30. August jährt sich die Anordnung der französischen Militärregierung zur Bildung des Landes, am 22. November der Zusammentritt der Beratenden Landesversammlung und heute in einem Jahr der Tag der Annahme der Verfassung und der Wahl des ersten Landtags.

Die ersten Jahre waren durch Not und Hunger geprägt. Viele Kriegsflüchtlinge und viele Heimatvertriebene mussten dennoch aufgenommen und integriert werden. Ich erinnere mich an diese Zeit, die auch mich geprägt hat. Meine Mutter engagierte sich sehr aktiv als sozialdemokratisches Stadtratsmitglied in Oppenheim. Sie setzte sich für soziale Gerechtigkeit und Freiheit ein.

Wie wichtig Freiheit auch für eine erfolgreiche Wirtschaft ist, das habe ich nach meiner Heirat durch die Arbeit in unserer 90-jährigen Traditionstanzschule, die wir an unsere Kinder Tina und Patrick weitergeben durften, jeden Tag erlebt. Beides hat mich geprägt.

Meine Erfahrungen finde ich gut in der Aussage von Profes-

sor Ralf Dahrendorf wieder, der sinngemäß sagte: Demokratie lässt sich nur dort verwirklichen, wo es auch soziale Gerechtigkeit und Bürgerrechte gibt. – Diese Ziele sind in den vergangenen Jahrzehnten eigentlich gut realisiert worden. Alles in allem eine geglückte demokratische Entwicklung.

Unser Land ist für so Viele ein Beispiel, für manche sogar ein Hoffungsland geworden. Auch deshalb suchen heute Flüchtlinge in unserem Land Zuflucht. Wenn jemand als Flüchtling zu uns kommt, ist das für mich keine Krise. Das darf auch niemanden veranlassen, eine Krise heraufzubeschwören. Meine Damen und Herren, diese Situation ist eine Herausforderung. Es ist ein Thema, das seit einiger Zeit die Menschen mehr und intensiver beschäftigt als die meisten anderen.

Über die richtigen Wege muss diskutiert werden. Für mich gehört dazu, dass endlich offen über ein Einwanderungsgesetz diskutiert werden muss, mehr noch, es muss endlich in ernsthafte Beratungen über ein solches Gesetz eingetreten werden.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin keine Juristin und noch keine Profipolitikerin, aber ich habe ein Herz für Menschen in Not. Menschlichkeit kann niemals illegal sein.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und  
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, darüber sollte Einigkeit bestehen. Den Flüchtlingen, Migranten, Zuwanderern, die nun bei uns im Lande sind, diesen Menschen dürfen wir unsere Unterstützung nicht versagen.

In diesem Zusammenhang möchte ich hervorheben, dass die Flüchtlingshilfe in Rheinland-Pfalz sehr gut funktioniert hat und auch funktioniert, letztlich auch deswegen, weil sich so viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ehrenamtlich engagieren. All diesen Menschen möchte ich an dieser Stelle herzlich danken!

(Beifall im Hause)

Es wird eine Aufgabe für diesen Landtag sein, sinnvolle Konzepte für die Integration der zugewanderten Menschen, die längerfristig in unserem Lande bleiben wollen, zu entwickeln und umzusetzen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Integration der Zuwanderer wird eine gewaltige Aufgabe. Machen wir uns deshalb nichts vor. Unsere Generation von Politikerinnen und Politikern wird daran gemessen, ob es uns gelingt. In diesem Zusammenhang ist die Frage der Integration das eine. Das andere ist, dass hausgemachte Defizite unserer Familien- und Bildungspolitik aufzuarbeiten sind. Schon mehrfach haben übrigens auch meine Vorgänger als Alterspräsidenten darauf hingewiesen, wie ich beim Lesen einiger dieser Reden feststellen konnte.

Die Frage ist doch, wie es unsere Gesellschaft schaffen kann, Zuwanderern unsere abendländischen Werte und unsere Bildungssysteme nahezubringen, wenn es vielfach

nicht einmal gelingt, den Kanon dieser Werte – unserer Werte – Kindern und Jugendlichen zu vermitteln, die keinen Migrationshintergrund haben.

Die Erziehung unserer Kinder ist eine Aufgabe, der sich traditionell die Eltern, Kitas und Schulen gemeinsam widmen. Kita, Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrer aller Schulformen müssen heute aber immer mehr Aufgaben übernehmen, die eigentlich von den Eltern wahrgenommen werden sollten.

Für mich ist in Rheinland-Pfalz mit der Beitragsfreiheit des dritten Kindergartenjahres und einer stärker bildungsorientierten Förderung in Kindertagesstätten sowie der Ausweitung der Sprachförderung der richtige Weg eingeschlagen worden.

Auch im Schulwesen sind zweifellos große Fortschritte gemacht worden. Dennoch gibt es speziell in Grund-, Haupt- und Realschulen, die ich regelmäßig – wie ich selbst immer gerne sage – als „Benimm-Tante“ aufsuche, zahlreiche Defizite, von denen ich nur die Defizite an Umgangsformen nenne.

Schon von Berufs wegen, sowohl in unserem Betrieb als auch als Präsidentin des Allgemeinen Deutschen Tanzlehrerverbandes, lege ich Wert auf gute Umgangsformen und sage daher stets: Wir müssen den jungen Menschen wieder drei schlichte Worte beibringen: bitte, danke und Entschuldigung. – Das klingt vielleicht altmodisch. Ich sage: Es klingt sehr traditionell. Das ist es auch. Ich stehe aber dazu.

Allein schon wegen der Zukunftsfähigkeit unseres Landes sollte die Bildungspolitik einen besonders wichtigen Platz in der Agenda dieses Landtags einnehmen. Bildung ist schließlich ein Bürgerrecht.

Daher wird das Parlament – da bin ich mir sicher – bei den anstehenden haushaltspolitischen Beratungen den Fokus besonders auf den Bildungssektor richten. Chancengleichheit – das werden hoffentlich alle Mitglieder dieses Hauses so sehen – ist der wichtigste Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft.

Die Bundesrepublik hat sich in „eines der ungleichsten Länder der industrialisierten Welt“ entwickelt. Das sagt nicht etwa ein Vertreter der Partei der LINKEN oder der Sozialverband Deutschland, sondern Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Angesichts solcher Einschätzungen sollten wir alle auch in unserem Bundesland dazu beitragen, Strategien zu entwickeln, wie bestimmte Schichten der Gesellschaft wieder an der ökonomischen Entwicklung beteiligt sowie für Bildung und insbesondere für Eigenverantwortung gewonnen werden können.

Unser Bildungssystem muss Chancen schaffen und darf Unterschichtenkinder nicht pauschal zu Verlierern stempeln. „Ein Staat, der nicht allen jungen Bürgern wirkliche Bildungschancen eröffnet und ihnen somit (...) eine Perspektive in der Gesellschaft verwehrt, produziert sozialen Sprengstoff, der unser freiheitliches und demokratisches Gemeinwesen (...) erschüttern kann.“ Das sagte der Al-

terspräsident Werner Kuhn im Jahr 2006. Dem ist nichts hinzuzufügen, erst recht angesichts der wachsenden Unsicherheit auch in unserem Land.

In zahlreichen wissenschaftlichen Analysen wird zudem immer wieder hervorgehoben, dass die Ursache von Erfolgen einzelner neu gegründeter Parteien in der wachsenden Politikverdrossenheit weiter Bevölkerungskreise liege. Diese Politikverdrossenheit, die sich vielfach in geringer Wahlbeteiligung oder auch spontaner Entscheidung ausdrückt, werde aber nicht zuletzt durch eine übergroße Distanz der Regierenden zu den Regierten befördert. In diesem Punkt sind wir auch in diesem Haus gefordert, das zu ändern.

Dazu gehört, dass Politiker Ängste, die in der Bevölkerung entstehen, ernst nehmen und ihnen mit guten Argumenten begegnen. Dazu gehört der Umgang mit Flüchtlingen, aber auch Ängste vor sozialem Abstieg und einer wachsenden Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich.

Hunderttausende glauben nicht mehr an wirtschaftlichen Aufstieg. Sie glauben auch nicht mehr an soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Chancengleichheit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das aber sind wesentliche Säulen des politischen Erfolgs der alten Bundesrepublik. Vielleicht sollten wir auch daran, nämlich an die gute alte soziale Marktwirtschaft, anknüpfen, natürlich mit Instrumenten, die der heutigen Situation angemessen sind.

In der vorigen Woche habe ich eine Sendung im Fernsehen gesehen, in der es um den Begriff der Gerechtigkeit ging. In diesem Zusammenhang wurde eine Umfrage von dimap präsentiert. Die Frage lautete: Kümmern sich die etablierten Parteien darum, dass es gerecht zugeht in unserem Land? – 60 % der Befragten sagten Nein. Das allein sollte uns Ansporn sein, unsere Agenda wieder primär an den Sorgen der Bürger auszurichten.

Ein Beispiel: Die aktuelle Situation auf dem Zinssektor wird von vielen Sparern als ausgesprochen ungerecht empfunden. Doch führende Politiker äußern sich kaum zu diesem Thema. Ducken wir uns vielleicht weg? – Die einfachen Menschen sagen: Für die Rettung der Banken war Geld da. Dass nun wir Sparer verlieren – und damit große Teile unseres Ersparnis –, kann unseren Volksvertretern doch nicht egal sein. – Auch diesen Menschen, die sich nicht immer mit betriebswirtschaftlichen Dingen beschäftigen und nicht alle Informationen haben, warum das so ist, müssen wir trotzdem zuhören und ihnen die Ängste nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Eine meiner Maximen, seitdem ich in der Politik mitwirken darf, lautet, nah bei den Menschen zu sein. Dies ist auch eine große Stärke des Föderalismus.

Wir, die Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtages, sitzen nicht fernab in Berlin. Unsere Heimatorte liegen im Umkreis von maximal zweieinhalb Fahrstunden von diesem Plenarsaal. Wir sind für die Menschen vor Ort greifbar. Nutzen wir diese Möglichkeit, aber machen wir auch klar: Entscheidungen brauchen Zeit. Gute Politik braucht Zeit.

Ich weiß: Noch niemand ist über Nacht zum Startänzer geworden. Sie brauchen dafür Kondition, Fleiß und Durch-

haltevermögen. Das gilt auch für parlamentarische Arbeit und Prozesse. Das müssen wir erklären. Als Abgeordnete will ich dies beherzigen. Ich hoffe, viele von Ihnen tun das auch. Dann können wir die Akzeptanz und Glaubwürdigkeit der Politik wieder erhöhen.

Lassen Sie uns gemeinsam ans Werk gehen und uns dabei als Abgeordnete bemühen, entsprechend Artikel 20 der Verfassung für Rheinland-Pfalz unsere körperlichen und geistigen Kräfte so zu betätigen, wie es dem Gemeinwohl entspricht.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall im Hause)

Vielen Dank.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

### **Namensaufruf der Abgeordneten**

Ich berufe, wie es Tradition ist, die beiden jüngsten Abgeordneten, Damian Lohr und Jaqueline Rauschkolb, zu Schriftführern dieser Sitzung. Bitte kommen Sie zu mir an den Präsidiumsplatz, und nehmen Sie die Plätze ein.

Zugleich stelle ich fest, dass zur ersten Sitzung des Landtages noch von dem Präsidenten des alten Landtages eingeladen wurde, wie es die Geschäftsordnung in § 1 Abs. 1 Satz 2 vorsieht.

Gibt es noch Änderungswünsche zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Vielen Dank.

Wir rufen jetzt die Namen auf. Frau Rauschkolb beginnt.

### **Abg. Jaqueline Rauschkolb, SPD: (schriftführende Abgeordnete)**

Jens Ahnemüller

(Abg. Jens Ahnemüller, AfD: Ja!)

Doris Ahnen

(Abg. Doris Ahnen, SPD: Ja!)

Dr. Denis Alt

(Abg. Dr. Denis Alt, SPD: Ja!)

Kathrin Anklam-Trapp

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Ja!)

Sabine Bätzing-Lichtenthäler

(Abg. Sabine Bätzing-Lichtenthäler, SPD: Ja!)

Christian Baldauf

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja!)

Monika Becker

(Abg. Monika Becker, FDP: Ja!)

Anke Beilstein

(Abg. Anke Beilstein, CDU: Ja!)

Michael Billen

(Abg. Michael Billen, CDU: Ja!)

Jutta Blatzheim-Roegler

(Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Dr. Timo Böhme

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Ja!)

Dr. Jan Bollinger

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Ja!)

Hans-Josef Bracht

(Abg. Hans-Josef Bracht, CDU: Ja!)

Martin Brandl

(Abg. Martin Brandl, CDU: Ja!)

Dr. Bernhard Braun

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Bettina Brück

(Abg. Bettina Brück, SPD: Ja!)

Gabriele Bublies-Leifert

(Abg. Gabriele Bublies-Leifert, AfD: Ja!)

Ellen Demuth

(Abg. Ellen Demuth, CDU: Ja!)

Jörg Denninghoff

(Abg. Jörg Denninghoff, SPD: Ja!)

Josef Dötsch

(Abg. Josef Dötsch, CDU: Ja!)

Malu Dreyer

(Abg. Malu Dreyer, SPD: Ja!)

Dr. Peter Enders

(Abg. Dr. Peter Enders, CDU: Ja!)

Guido Ernst

(Abg. Guido Ernst, CDU: Ja!)

## Landtag Rheinland-Pfalz - 17. Wahlperiode - 1. Sitzung, 18.05.2016

Heribert Friedmann

(Abg. Heribert Friedmann, AfD: Ja!)

Michael Frisch

(Abg. Michael Frisch, AfD: Ja!)

Alexander Fuhr

(Abg. Alexander Fuhr, SPD: Ja!)

Dr. Susanne Ganster

(Abg. Dr. Susanne Ganster, CDU: Ja!)

Manfred Geis

(Abg. Manfred Geis, SPD: Ja!)

Dr. Christoph Gensch

(Abg. Dr. Christoph Gensch, CDU: Ja!)

Horst Gies

(Abg. Horst Gies, CDU: Ja!)

Dr. Sylvia Groß

(Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD: Ja!)

Jens Guth

(Abg. Jens Guth, SPD: Ja!)

Martin Haller

(Abg. Martin Haller, SPD: Ja!)

Andreas Hartenfels

(Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Jochen Hartloff

(Abg. Jochen Hartloff, SPD: Ja!)

Bernhard Henter

(Abg. Bernhard Henter, CDU: Ja!)

Dirk Herber

(Abg. Dirk Herber, CDU: Ja!)

Hendrik Hering

(Abg. Hendrik Hering, SPD: Ja!)

Clemens Hoch

(Abg. Clemens Hoch, SPD: Ja!)

Michael Hüttner

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Ja!)

Simone Huth-Haage

(Abg. Simone Huth-Haage, CDU: Ja!)

Matthias Joa

(Abg. Matthias Joa, AfD: Ja!)

Uwe Junge

(Abg. Uwe Junge, AfD: Ja!)

Giorgina Kazungu-Haß

(Abg. Giorgina Kazungu-Haß, SPD: Ja!)

Adolf Kessel

(Abg. Adolf Kessel, CDU: Ja!)

Jürgen Klein

(Abg. Jürgen Klein, AfD: Ja!)

Nina Klinkel

(Abg. Nina Klinkel, SPD: Ja!)

Julia Klöckner

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Ja!)

Johannes Klomann

(Abg. Johannes Klomann, SPD: Ja!)

Daniel Köbler

(Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN: Ja!)

Marlies Kohnle-Gros

(Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: Ja!)

Matthias Lammert

(Abg. Matthias Lammert, CDU: Ja!)

David Langner

(Abg. David Langner, SPD: Ja!)

Eveline Lemke

(Abg. Eveline Lemke, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN: Ja!)

Helga Lerch

(Abg. Helga Lerch, FDP: Ja!)

Roger Lewentz

(Abg. Roger Lewentz, SPD: Ja!)

Alexander Licht

(Abg. Alexander Licht, CDU: Ja!)



## Landtag Rheinland-Pfalz - 17. Wahlperiode - 1. Sitzung, 18.05.2016

Damian Lohr

(Abg. Damian Lohr, AfD: Ja!)

Dr. Tanja Machalet

(Abg. Dr. Tanja Machalet, SPD: Ja!)

Elfriede Meurer

(Abg. Elfriede Meurer, CDU: Ja!)

Iris Nieland

(Abg. Iris Nieland, AfD: Ja!)

Hans Jürgen Noss

(Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: Ja!)

**Abg. Damian Lohr, AfD: (schriftführender Abgeordneter)**

Reinhard Oelbermann

(Abg. Reinhard Oelbermann, CDU: Ja!)

Joachim Paul

(Abg. Joachim Paul, AfD: Ja!)

Heike Raab

(Abg. Heike Raab, SPD: Ja!)

Andreas Rahm

(Abg. Andreas Rahm, SPD: Ja!)

Jaqueline Rauschkolb

(Abg. Jaqueline Rauschkolb, SPD: Ja!)

Lothar Rommelfanger

(Abg. Lothar Rommelfanger, SPD: Ja!)

Thomas Roth

(Abg. Thomas Roth, FDP: Ja!)

Ingeborg Sahler-Fesel

(Abg. Ingeborg Sahler-Fesel, SPD: Ja!)

Dorothea Schäfer

(Abg. Dorothea Schäfer, CDU: Ja!)

Daniel Schöffner

(Abg. Daniel Schöffner, SPD: Ja!)

Heike Scharfenberger

(Abg. Heike Scharfenberger, SPD: Ja!)

Barbara Schleicher-Rothmund

(Abg. Barbara Schleicher-Rothmund, SPD:  
Ja!)

Martin Schmidt

(Abg. Martin Schmidt, AfD: Ja!)

Arnold Schmitt

(Abg. Arnold Schmitt, CDU: Ja!)

Astrid Schmitt

(Abg. Astrid Schmitt, SPD: Ja!)

Marion Schneid

(Abg. Marion Schneid, CDU: Ja!)

Christine Schneider

(Abg. Christine Schneider, CDU: Ja!)

Gordon Schnieder

(Abg. Gordon Schnieder, CDU: Ja!)

Gerd Schreiner

(Abg. Gerd Schreiner, CDU: Ja!)

Wolfgang Schwarz

(Abg. Wolfgang Schwarz, SPD: Ja!)

Alexander Schweitzer

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja!)

Ralf Seekatz

(Abg. Ralf Seekatz, CDU: Ja!)

Anke Simon

(Abg. Anke Simon, SPD: Ja!)

Heiko Sippel

(Abg. Heiko Sippel, SPD: Ja!)

Anne Spiegel

(Abg. Anne Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN: Ja!)

Nico Steinbach

(Abg. Nico Steinbach, SPD: Ja!)

Hedi Thelen

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Ja!)

Michael Wäschenbach

(Abg. Michael Wäschenbach, CDU: Ja!)

Thomas Wansch

(Abg. Thomas Wansch, SPD: Ja!)

Marco Weber

(Abg. Marco Weber, FDP: Ja!)

Thorsten Wehner

(Abg. Thorsten Wehner, SPD: Ja!)

Dr. Adolf Weiland

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Ja!)

Thomas Weiner

(Abg. Thomas Weiner, CDU: Ja!)

Gabriele Wieland

(Abg. Gabriele Wieland, CDU: Ja!)

Cornelia Willius-Senzer

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Ja!)

Steven Wink

(Abg. Steven Wink, FDP: Ja!)

Fredi Winter

(Abg. Fredi Winter, SPD: Ja!)

Dr. Volker Wissing

(Abg. Dr. Volker Wissing, FDP: Ja!)

Johannes Zehfuß

(Abg. Johannes Zehfuß, CDU: Ja!)

#### **Alterspräsidentin Cornelia Willius-Senzer:**

Ich stelle fest, dass der Landtag vollzählig versammelt und beschlussfähig ist.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

#### **Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Landtags**

**dazu:**

#### **Vorläufige Geschäftsordnung des Landtags Rheinland-Pfalz**

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache [17/2](#) –

Änderungsantrag der Fraktion der AfD  
– Drucksache [17/5](#) –

Ich gebe den Hinweis, dass diese Anträge sowohl in elektronischer wie auch in Papierform verteilt worden sind.

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist der Fall. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ja.

Ich schlage eine Redezeit von fünf Minuten vor. – Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Junge.

#### **Abg. Uwe Junge, AfD:**

Sehr geehrte Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die jetzt zur Abstimmung stehende Vorläufige Geschäftsordnung ist entgegen der Geschäftsordnung der 16. Legislaturperiode in einigen Punkten geändert worden. Insbesondere die Veränderung von § 72 Abs. 1 und 2, der die reguläre Größe der Fachausschüsse und das Zählverfahren zur Ermittlung der Sitzverteilung in den Fachausschüssen regelt, führt zu einer – wie wir meinen – gravierenden Benachteiligung der AfD-Fraktion.

Während in der letzten Legislatur das Zählverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers verbunden mit einem Sockelmandat angewendet wurde, soll nun in der Vorläufigen Geschäftsordnung wieder das d'Hondtsche-Zählverfahren genutzt werden. Dieses Verfahren benachteiligt kleinere Parteien systematisch und wurde gerade deshalb mittlerweile im Bundestag und in vielen Länderparlamenten durch gerechtere Verfahren wie zum Beispiel Sainte-Laguë/Schepers ersetzt.

Durch die Anwendung des Verfahrens nach d'Hondt mit Grundmandat und die Verringerung der Ausschussgröße von 13 auf 12 kann die AfD in die überwiegende Mehrheit der Fachausschüsse nicht mehr zwei, sondern nur noch einen Vertreter entsenden.

Meine Damen und Herren, damit würde die AfD, die mehr Mandate als FDP und GRÜNE zusammen hat, genau wie diese beide Parteien nur einen Sitz in den Fachausschüssen beanspruchen können. Das verletzt nach unserem Dafürhalten eindeutig den Grundsatz der Spiegelbildlichkeit von Parlament und Ausschüssen und schränkt die Mitwirkungsmöglichkeit der AfD in den Ausschüssen auf eine unangemessene Weise ein. Es verfälscht zudem den am 13. März 2016 durch die Landtagswahl zum Ausdruck gekommenen Wählerwillen.

Ich appelliere bei aller politischen Gegensätzlichkeit an Ihr demokratisches Selbstverständnis, diese offensichtliche Ungerechtigkeit nicht mitzutragen.

Die AfD-Fraktion hat einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht, mit dem wir die Beibehaltung der Ausschussgröße von 13 und die Anwendung des Verfahrens nach Sainte-Laguë/Schepers beantragen.

Sollte unserem Änderungsantrag nicht entsprochen werden, werden wir diese Regelung verfassungsrechtlich prüfen lassen und der Vorläufigen Geschäftsordnung selbstverständlich nicht zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der AfD)

**Alterspräsidentin Cornelia Willius-Senzer:**

Gibt es eine Gegenrede? – Bitte sehr.

**Abg. Martin Haller, SPD:**

Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ein paar Dinge müssen jetzt noch eingeordnet werden.

Es ist erstens festzuhalten, dass das Zählsystem nach d'Hondt ein gängiges und vielfach angewendetes Verfahren ist. Es wird zum Beispiel für die Besetzung des Richterwahlausschusses des Bundes angewandt. Es wird bei den Landtagswahlen in Niedersachsen, im Saarland und auch in Sachsen angewendet und ist da maßgeblich für die Sitzverteilung. Es findet nicht zuletzt im Rahmen der Wahl des Bundespräsidenten Anwendung, wenn es um die Benennung der Mitglieder der Länder in der Bundesversammlung geht.

Zweitens ist es wichtig festzuhalten, dass das Zählsystem nach d'Hondt ein verfassungsrechtlich anerkanntes und höchstrichterlich bestätigtes Verfahren ist.

Gerade den hier vorliegenden Fall des Wechsels des Zählsystems von Sainte-Laguë/Schepers auf d'Hondt hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich für verfassungsrechtlich unbedenklich erachtet. Es ist der Beschluss vom 17. September 1997.

Auch der Sächsische Verfassungsgerichtshof hat die Zulässigkeit des Verfahrens nach d'Hondt nochmals bestätigt. Urteil vom 5. November 2010.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht zuletzt hätte die Anwendung des Verfahrens nach Sainte-Laguë/Schepers vielfach zu einem Patt zwischen Koalition und Opposition in unserem konkreten Fall geführt. Bei einem Ausschuss mit 12 Mitgliedern zum Beispiel hätte die Koalition mit sechs Mitgliedern ebenso viele Mitglieder wie die Opposition.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insofern erscheint uns die Argumentation der AfD einzig von dem Bemühen getragen zu sein, einen Grund zu konstruieren, um einen unfairen Umgang reklamieren zu können. Die Kritik der AfD ist in der Sache nicht gerechtfertigt, und der Änderungsantrag wird von uns abgelehnt.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Alterspräsidentin Cornelia Willius-Senzer:**

Herr Brandl, Sie haben das Wort.

**Abg. Martin Brandl, CDU:**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschließen und debattieren nun ausnahmsweise heute Morgen in dieser Sitzung auch über die Geschäftsordnung. Aber Ziel ist es, eine Verständigung über das parlamentarische Miteinander zu erreichen. Das war bisher immer eine gute parlamentarische Tradition, an die ich auch an der Stelle ganz besonders erinnern möchte; denn dass es

zwischen demokratischen Parteien in diesem Hause auch offene Verhandlungen und Gespräche geben muss, ist aus meiner Sicht eine parlamentarische und demokratische Verpflichtung. Dabei ist nicht der kleinste gemeinsame Nenner entscheidend, sondern ein guter Kompromiss, also das, was letztendlich herauskommen muss.

Unsere Rolle als größte Oppositionsfraktion war es, für die Oppositionsrechte zu kämpfen, für eine starke Opposition, die die Regierung auch aktiv kontrollieren kann und die Instrumente an der Hand hat, um diese Regierung auch zu kontrollieren und – so, wie wir es die letzten fünf Jahre auch gemacht haben – entsprechend anzutreiben.

Eine starke Opposition braucht dann auch Zeit zum Argumentieren. Wir haben die Redezeiten durchgesetzt.

Beim Zählverfahren ist es eine Rückkehr zur Normalität in diesem Hause. Die letzte Periode war da eine Ausnahme. Wenn es um Gerechtigkeit geht – so kann ich Ihnen versichern –, so sind beide Verfahren gerecht und entsprechend höchstrichterlich geprüft.

Wir hätten uns natürlich als Opposition auch mehr oppositionsfreundliche Regelungen gewünscht. Aber der Kompromiss steht bei der Geschäftsordnung im Vordergrund, wie es die parlamentarische Tradition in diesem Hause über nahezu sieben Jahrzehnte war.

Für uns ist es auch Neuland, nun mit fünf Fraktionen in diesem Hause zu debattieren und das Land nach vorne zu bringen. Aber ich denke, wir haben einen guten Kompromiss gefunden, den wir mittragen. Daher lehnen wir den Antrag ab, aber werden im Unterausschuss die weiteren Regelungen intensiv diskutieren.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und  
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Alterspräsidentin Cornelia Willius-Senzer:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung, die durch Handzeichen erfolgt. Es gilt die einfache Mehrheit.

Wer ist für den Antrag der AfD? – Ich bitte um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Wer Enthält sich? – Ich stelle fest, dass der Änderungsantrag mit den Stimmen der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt ist.

Ich rufe den Antrag – Drucksache 17/2 – auf. Ich bitte auch hier um das Handzeichen! Gibt es noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer Enthält sich? – Ich stelle fest, der Antrag ist angenommen.

Mit der Annahme des Antrags hat sich der Landtag eine Vorläufige Geschäftsordnung gegeben.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

### Wahl des Präsidenten des Landtags

Ich gebe noch den Hinweis, dass die Wahl nach der Vorläufigen Geschäftsordnung offen und ohne Aussprache gemäß § 2 Abs. 1 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages stattfindet.

Ich bitte um Abgabe eines Wahlvorschlages. Bitte schön, Herr Alexander Schweitzer.

#### Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Frau Präsidentin, für die SPD-Fraktion schlage ich den Abgeordneten Hendrik Hering vor.

#### Alterspräsidentin Cornelia Willius-Senzer:

Vielen Dank. – Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

Wer für den Vorschlag für Herrn Hering ist, der möge sich bitte von seinem Platz erheben! – Vielen Dank. Wer ist gegen den Vorschlag? – Wer enthält sich? – Somit ist der Vorgeschlagene mit mehr als der Hälfte, also einstimmig gewählt worden.

(Beifall im Hause)

Herr Hering, nehmen Sie die Wahl an?

#### Abg. Hendrik Hering, SPD:

Ich nehme die Wahl an.

#### Alterspräsidentin Cornelia Willius-Senzer:

Vielen Dank. – Dann darf ich Sie hierher bitten, um mich abzulösen.

Ich erlaube mir, Ihnen einen bunten Blumenstrauß zu überreichen, so bunt, wie wir hier alle sind. Ich hoffe, dass Sie die Glocke nur zu sehr angenehmen Momenten klingeln müssen.

Herzlichen Glückwunsch.

#### Abg. Hendrik Hering, SPD:

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

#### Alterspräsidentin Cornelia Willius-Senzer:

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

#### Amtsübernahme durch den Präsidenten

(Präsident Hendrik Hering übernimmt den Vorsitz)

#### Präsident Hendrik Hering:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten

Damen und Herren! Gleich zu Beginn gilt mein Dank der Alterspräsidentin Frau Willius-Senzer. Sie hat die ihr von der Tradition auferlegte Aufgabe, die Sitzung bisher zu leiten, sehr souverän gemeistert. Ich möchte mich bei Ihnen insbesondere für die bemerkenswerte Rede bedanken.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Mit der Konstituierung des 17. Landtages geht auch die Amtszeit meines Vorgängers Joachim Mertes zu Ende.

Herr Mertes, es gab nur zwei Abgeordnete im Landtag, die diesem Hause länger angehört haben als Sie. Sie waren zwölf Jahre Fraktionsvorsitzender und zehn Jahre Präsident des Landtages. Sie haben bleibende Spuren hinterlassen und sich enorme Verdienste erworben. Dafür den Dank des ganzen Hauses!

(Beifall im Hause)

In der Politik darf man nicht vergessen, woher man kommt. Es sind viele begrüßt worden. Erlauben Sie mir, dass ich auch die Wähler begrüße, die heute hier sind, Familie und Freunde und die Bürgermeister von Hachenburg, Herr Klöckner und Herr Röttig. Ich habe im Zuschauerraum auch den früheren Ministerpräsidenten, Rudolf Scharping, entdeckt.

Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der AfD)

Meine Damen und Herren, sodann der herzliche Dank für dieses einstimmige Votum zur Wahl des Präsidenten. Es hat mich gefreut. Es ist eine ehrenvolle Aufgabe, aber insbesondere eine ganz große Verpflichtung.

Alle Abgeordneten haben die gleichen Rechte, die gleichen Pflichten und auch die gleichen Regeln einzuhalten. Alles drei zu gewährleisten, ist meine zukünftige Aufgabe.

Wir alle in diesem Hause sind legitimiert durch das Votum der Wählerinnen und Wähler. Die nächsten fünf Jahre haben sie uns aufgetragen, die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Das Fundament unseres Handelns sind die Geschichte, die Kultur und – die Alterspräsidentin hat es dargelegt – die in fast 70 Jahren gewachsene Identität des Landes Rheinland-Pfalz.

Die reiche Geschichte führen uns die römischen Steine in diesem wunderbaren Plenarsaal, der weit mehr als ein Provisorium ist, eindrucksvoll vor Augen.

Hinter mir sehen Sie auf der linken Seite einen Delphin. Er stammt von einem römischen Brunnen hier in Mainz. Der Delphin steht seit der Antike für Menschenfreundlichkeit und Freiheit. Menschenfreundlichkeit und Freiheit, genau darum geht es in diesem Plenarsaal.

Die Freiheit wollen wir als Grundlage unserer Gesellschaft erhalten und Menschenfreundlichkeit durch unser politisches Handeln leben.

Treffen wir halbherzige und kurzatmige Entscheidungen, dann fällt dies auf uns alle zurück. Die Menschen werden uns das früher oder später spüren lassen.

Es ist unsere Aufgabe, im gegenseitigen Respekt in der Sache um die bestmögliche politische Lösung zu ringen. Das ist nicht frei von Konflikten. Das wissen wir alle. Der politische Streit ist das Salz in der Suppe. Ohne politischen Streit sind Debatten fade und langweilig. In der Sache kommt man nur durch den streitigen Diskurs weiter.

Aber seien wir uns dabei immer bewusst, ein Landtag und damit wir alle werden an seiner Debattenkultur gemessen. Die Menschen merken sehr schnell, wenn Politik etwas anderes verheißt, als sie macht, wenn Politiker anders erscheinen wollen, als sie sind. Das größte Kapital in der Politik ist und bleibt die Glaubwürdigkeit.

Wir können im rheinland-pfälzischen Landtag viel erreichen, wenn wir die Worte des ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau anlässlich des zehnten Todestages des Bundeskanzlers Willy Brandt beherzigen: „Glaubwürdigkeit entsteht, wenn man tut, was man sagt, und sagt, was man tut.“

Meine Damen und Herren, Freiheit, sie ist der eigentliche Kern unserer Landesverfassung. „Der Mensch ist frei“ ist der erste Satz unserer Landesverfassung. Freiheit bedeutet, die Möglichkeit zu bekommen, aus seinem Leben etwas zu machen. Zugang zu Bildung und gelungene Integration für alle gehören zu der Freiheit, die wir nach unserer Verfassung zu gewährleisten haben.

Wer als gewählter Präsident dieses Hauses auf diesem Stuhl Platz nimmt oder gerade steht, hat nicht nur die Abgeordneten im Blick, sondern auch die Besuchertribüne; denn auch die Besucherinnen und Besucher gehören zwingend dazu. Parlamentarische Demokratie braucht Öffentlichkeit.

In den Medien wie in der Politikwissenschaft kursiert die These vom Bedeutungsverlust der Landesparlamente. Sie seien der Übermacht der Regierung und der Verwaltung ausgeliefert, zudem führe die europäische Mehrebenenpolitik zu Einbußen bei der Gestaltungsmacht von Parlamenten. Das Parlament und seine Abgeordneten seien daher heute weniger Gestalter der Politik als deren Vermittler.

Dem ist entgegenzuhalten, dass die Gesetzgebung, insbesondere das Budgetrecht und die Kontrolle der Regierung, entscheidende Aufgaben des Parlamentes sind, die wir selbstbewusst erfüllen sollen; denn nur der von allen Bürgerinnen und Bürgern demokratisch gewählte Landtag kann politischen Entscheidungen die notwendige demokratische Legitimität verschaffen.

Dabei stehen repräsentative Demokratie und Bürgerbeteiligung nicht im Widerspruch, im Gegenteil. Es ist wünschenswert, dass der Landtag die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung im Gesetzgebungsprozess ausbaut. Das Internet und die sozialen Medien bieten uns Chancen hierzu. Es lassen sich Beteiligungsformen entwickeln, damit die Bürgerinnen und Bürger sich nicht nur umfassend informieren, sondern ihren Sachverstand und ihre Wünsche

aktiv in die Diskussionen einbringen können. Wir als Abgeordnete sollten uns davor nicht fürchten.

Vor besondere Herausforderungen und Chancen stellt uns der Prozess der europäischen Einigung. Den Landesparlamenten wird in Deutschland oftmals die Aufgabe zugeordnet, Wächter des Subsidiaritätsprinzips zu sein. Wir sollten sie selbstbewusst annehmen. Wenn wir es nicht tun, besteht die Gefahr, dass wir mitschuldig an einer wachsenden Europa-Skepsis werden. Dabei sollten gerade wir in Rheinland-Pfalz aufgrund der Nähe zu Frankreich, zu Belgien, zu Luxemburg und der guten Partnerschaft die Vorzüge der europäischen Einigung kennen und für sie werben.

Der Landtag ist und bleibt ein Ort gelebter Demokratie. Er ist auch ein Ort demokratischer Bildung. Mehr als 30.000 Menschen aller Altersgruppen kommen pro Jahr zu Besuch in dieses Parlament. Für unsere Besucherinnen und Besucher bieten wir unterschiedliche, qualitativ hochwertige Programme an, die in den vergangenen Jahren weiterentwickelt und ausgebaut wurden. Das Interesse daran ist groß.

Wir sollten engagiert daran arbeiten, diesen Dialog zukünftig weiter zu intensivieren, und zwar bürgernah, ehrlich und verständlich. Nur wenn es uns gelingt, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes viel stärker in die politischen Entscheidungsprozesse aktiv einzubinden, wird es uns gelingen, unsere Demokratie fit zu machen für die Zukunft. Politikvermittlung und Beteiligungsformate innerhalb unseres Parlamentsbetriebes müssen sich an alle Menschen richten, und zwar ungeachtet des Alters, ihrer sozialen und kulturellen Herkunft und ihres Bildungsstandes.

Nehmen wir daher unseren Auftrag ernst, und lassen Sie uns aufbauend auf diesen guten Erfahrungen den Landtag als Ort der gelebten Demokratie für alle Menschen in unserem Land weiter stärken.

Der Landtag muss noch stärker zum Ort aktueller gesellschaftlicher Diskussionen unabhängig von der Tagesaktualität werden. Verantwortbare Entscheidungen im Detail können nur getroffen werden, wenn man sich mit den grundsätzlichen und den Zukunftsentwicklungen auseinandergesetzt hat. Wir sollten geeignete Formate hierfür finden.

Unser Land ist ein starkes Land. Unser Land ist ein offenes Land. An Rhein und Mosel, im Westerwald und in der Pfalz, an der Nahe und im Hunsrück, unser Land ist, wie der Dichter unseres Landes, Carl Zuckmayer, so treffend schrieb, „die Völkermühle Europas“.

Wie viele Menschen sind über die Jahrhunderte bei uns zusammengekommen, und wie gut haben wir sie integriert? Wie viele Menschen mussten aus purer Not oder aus politischer, religiöser oder rassistischer Verfolgung unsere Heimat verlassen, um eine neue Heimat zu suchen? In unserem Land haben wir also so viel Erfahrung mit Migration und Integration. Mit unserer Kraft zum Zusammenhalt haben wir die Situation gemeistert und werden sie auch zukünftig meistern.

Meine Damen und Herren, Politik ist ein Prozess, nichts

Statisches. Politisch hat sich einiges verändert seit meinem ersten Arbeitstag als Abgeordneter vor genau 20 Jahren, auch für mich.

Wir tagen heute im selben Plenarrund, aber in einem anderen Haus. Heute kommt der Landtag in seinem Interimspalast zusammen, während im Deutschhaus die Arbeiten an einer nachhaltigen Sanierung begonnen haben.

Zu der Veränderung gehört auch, ein modernes Haus für unsere zukünftige Arbeit zu schaffen, für unsere Debatten, für den Diskurs, für Begegnungen.

In das neue Deutschhaus wollen wir in dieser Wahlperiode wieder einziehen, am historischen Ort der Mainzer Republik, wo 1793 das erste nach modernen demokratischen Regeln gewählte Parlament in Deutschland tagte. Georg Forster sagte damals: „Es gibt nur zwei Wege, wie man auf die Überzeugung eines Menschen wirken kann: durch den Kopf und durch das Herz.“

Lassen Sie uns also mit Kopf und Herz unsere Arbeit aufnehmen.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, da ich die Arbeit auf Dauer nicht alleine erfüllen kann, rufe ich **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

#### **Wahl der weiteren Mitglieder des Vorstandes**

Die vorläufige Geschäftsordnung bestimmt keine Zahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Präsidenten. Ich darf um Abgabe von Wahlvorschlägen bitten

#### **Abg. Martin Haller, SPD:**

Die Mehrheit der Fraktionen dieses Hauses ist übereingekommen, Ihnen zwei Stellvertreter zur Seite stellen zu wollen.

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Herr Junge hat das Wort.

#### **Abg. Uwe Junge, AfD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, wir hatten Ihnen bereits im Vorfeld vorgeschlagen, dass ein Vizepräsident ausreicht. Wir sind der Auffassung, wenn Baden-Württemberg mit 138 Abgeordneten damit klarkommt, dann können wir das mit 101 Abgeordneten auch. Unser Vorschlag heißt, ein Vizepräsident.

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Aus diesen beiden Wortmeldungen ist deutlich geworden, dass es kein Einvernehmen des ganzen Hauses gibt, wie hoch die Anzahl der Vertreterinnen und Vertreter sein soll.

Daher muss darüber eine Entscheidung herbeigeführt werden. Herr Haller hat den weitergehenden Vorschlag vertreten, zwei Vertreter für den Präsidenten zu wählen.

Wer dem Vorschlag zustimmt, dass der rheinland-pfälzische Landtag zukünftig zwei Vertreter des Präsidenten hat, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dieser Vorschlag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD angenommen.

Herr Junge, damit erübrigt sich eine weitere Abstimmung; denn damit ist die Festlegung erfolgt.

Ich bitte um Vorschläge und weise darauf hin, dass die beiden Funktionen getrennt gewählt werden.

Herr Schweitzer hat das Wort.

#### **Abg. Alexander Schweitzer, SPD:**

Herr Präsident, ich schlage für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Barbara Schleicher-Rothmund als Vizepräsidentin des Landtags vor.

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Gibt es weitere Vorschläge? – Frau Kollegin Klöckner hat das Wort.

#### **Abg. Julia Klöckner, CDU:**

Herr Präsident, für die Fraktion der Christdemokraten schlage ich den Abgeordneten Hans-Josef Bracht als Vizepräsidenten vor.

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Herr Bollinger hat das Wort.

#### **Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:**

Herr Präsident, als Gegenkandidaten zur Kandidatin der SPD-Fraktion schlagen wir den Abgeordneten Michael Frisch vor.

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Der erste Wahlvorschlag bezieht sich auf Frau Kollegin Schleicher-Rothmund. Wer diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Frau Schleicher-Rothmund ist damit mit den Stimmen der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD gewählt.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Abgeordnete Schleicher-Rothmund, nehmen Sie die Wahl an?

**Abg. Barbara Schleicher-Rothmund, SPD:**

Ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN )

**Präsident Hendrik Hering:**

Durch die Wahl von Frau Schleicher-Rothmund hat sich die Abstimmung über den Alternativvorschlag der AfD-Fraktion erledigt.

Wir kommen damit zum zweiten Wahlgang. Von der CDU-Fraktion ist der Abgeordnete Hans-Josef Bracht vorgeschlagen worden.

Wer für den Abgeordneten Bracht stimmt, den darf ich um das Handzeichen bitten! – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, dass Herr Bracht mit allen Stimmen des Hauses zum Vizepräsidenten des rheinland-pfälzischen Landtags gewählt worden ist.

(Beifall im Hause)

Herr Abgeordneter Bracht, auch Ihnen muss ich die Frage stellen: Nehmen Sie die Wahl an?

**Abg. Hans-Josef Bracht, CDU:**

Ich nehme die Wahl an, Herr Präsident.

**Präsident Hendrik Hering:**

Herzlichen Glückwunsch im Namen des Hauses!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu **Punkt 7** der Tagesordnung:

**Wahl der schriftführenden Abgeordneten**

**dazu:**

**Wahl der schriftführenden Abgeordneten**

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/3 –

Hierzu liegt Ihnen ein gemeinsamer Wahlvorschlag aller Fraktionen des Hauses unter der Drucksache 17/3 vor.

Wer dem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind alle vorgeschlagenen Schriftführer mit allen Stimmen des Hauses gewählt worden.

Wir werden es so handhaben, dass Frau Rauschkolb und Herr Lohr für die heutige Sitzung den Schriftführerdienst weiter wahrnehmen.

Wir kommen damit zu **Punkt 8** der Tagesordnung:

**Genehmigung des Landtags gemäß Artikel 94 der Verfassung (Immunitätsangelegenheiten)**

**dazu:**

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/4 –

Auch hierzu liegt Ihnen ein Antrag aller Fraktionen des Hauses unter der Drucksache 17/4 vor. – Ich sehe, es gibt keine Wortmeldungen dazu. Dann stelle ich die Frage: Wer stimmt diesem Antrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen damit zu **Punkt 9** der Tagesordnung:

**Wahl der Ministerpräsidentin/des Ministerpräsidenten**

Ich darf Ihnen zunächst das Schreiben der Ministerpräsidentin vom 18. Mai 2016 an den Präsidenten des Landtags verlesen:

„Sehr geehrter Landtagspräsident,

hiermit möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Landesregierung mit dem heutigen Tag ihren Rücktritt erklärt.

Die Landesregierung wird die Geschäfte bis zur Bestätigung der neuen Regierung weiterführen.

Mit freundlichen Grüßen

Malu Dreyer“

Meine Damen und Herren, aufgrund des Rücktrittschreibens der Landesregierung ist eine neue Ministerpräsidentin/ein neuer Ministerpräsident zu wählen. Ich darf um die Abgabe von Wahlvorschlägen bitten. – Herr Abgeordneter Schweitzer.

**Abg. Alexander Schweitzer, SPD:**

Herr Präsident, es ist mir eine große Ehre, für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Malu Dreyer zur Wahl der Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz vorzuschlagen.

**Präsident Hendrik Hering:**

Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Gemäß Artikel 98 Abs. 2 Satz 1 der Landesverfassung und der Vorläufigen Geschäftsordnung erfolgt die Wahl der Ministerpräsidentin ohne Aussprache und geheim.

Die Schriftführer werden gleich die Namen der Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge vorlesen. Es ist alles vorbereitet. Die Stimmzettel können von mir aus gesehen rechts entgegengenommen und dann in die Urne eingeworfen werden.

Wenn keine weiteren Fragen zum Ablauf der Wahlhandlung bestehen, darf ich Frau Abgeordnete Rauschkolb bitten,

## Landtag Rheinland-Pfalz - 17. Wahlperiode - 1. Sitzung, 18.05.2016

mit der Verlesung der Namensliste zu beginnen. Damit treten wir in die Wahlhandlung ein.

### **Abg. Jaqueline Rauschkolb, SPD: (schriftführende Abgeordnete)**

Jens Ahnemüller  
Doris Ahnen

Dr. Denis Alt  
Kathrin Anklam-Trapp

Sabine Bätzing-Lichtenthäler  
Christian Baldauf

Monika Becker  
Anke Beilstein

Michael Billen  
Jutta Blatzheim-Roegler

Dr. Timo Böhme  
Dr. Jan Bollinger

Hans-Josef Bracht  
Martin Brandl

Dr. Bernhard Braun  
Bettina Brück

Gabriele Bublies-Leifert  
Ellen Demuth

Jörg Denninghoff  
Josef Dötsch

Malu Dreyer  
Dr. Peter Enders

Guido Ernst  
Heribert Friedmann

Michael Frisch  
Alexander Fuhr

Dr. Susanne Ganster  
Manfred Geis

(Vizepräsidentin Barbara  
Schleicher-Rothmund übernimmt den  
Vorsitz)

Dr. Christoph Gensch  
Horst Gies

Dr. Sylvia Groß  
Jens Guth

Martin Haller  
Andreas Hartenfels

Jochen Hartloff  
Bernhard Henter

Dirk Herber  
Hendrik Hering

Clemens Hoch  
Simone Huth-Haage

Michael Hüttner  
Matthias Joa

Uwe Junge  
Giorgina Kazungu-Haß

Adolf Kessel  
Jürgen Klein

(Präsident Hendrik Hering übernimmt den  
Vorsitz)

Nina Klinkel  
Julia Klöckner

Johannes Klomann  
Daniel Köbler

Marlies Kohnle-Gros  
Matthias Lammert

David Langner  
Eveline Lemke

Helga Lerch  
Roger Lewentz

Alexander Licht  
Damian Lohr

Dr. Tanja Machalet  
Elfriede Meurer

Iris Nieland  
Hans Jürgen Noss

### **Abg. Damian Lohr, AfD: (schriftführender Abgeordneter)**

Reinhard Oelbermann  
Joachim Paul

Heike Raab  
Andreas Rahm

Jaqueline Rauschkolb  
Lothar Rommelfanger

Thomas Roth  
Ingeborg Sahler-Fesel

Dorothea Schäfer  
Daniel Schäffner

Heike Scharfenberger  
Barbara Schleicher-Rothmund

Martin Schmidt  
Arnold Schmitt

Astrid Schmitt  
Marion Schneid



Christine Schneider  
Gordon Schnieder

Gerd Schreiner  
Wolfgang Schwarz

Alexander Schweitzer  
Ralf Seekatz

Anke Simon  
Heiko Sippel

Anne Spiegel  
Nico Steinbach

Hedi Thelen  
Michael Wäschenbach

Thomas Wansch  
Marco Weber

Thorsten Wehner  
Dr. Adolf Weiland

Thomas Weiner  
Gabriele Wieland

Cornelia Willius-Senzer  
Steven Wink

Fredi Winter  
Dr. Volker Wissing

Johannes Zehfuß

**Präsident Hendrik Hering:**

Meine Damen und Herren, ich darf die Frage stellen: Hat jeder Abgeordnete seine Stimme abgegeben? – Das scheint offensichtlich der Fall zu sein. Damit wird die Wahlhandlung geschlossen.

Die Auszählung wird von den schriftführenden Abgeordneten Herrn Damian Lohr und Frau Jaqueline Rauschkolb vorgenommen. Sie werden von den Abgeordneten Ellen Demuth, Steven Wink und Andreas Hartenfels unterstützt. Damit ist gewährleistet, dass alle Fraktionen hieran mitwirken.

Ich darf darum bitten, mit der Auszählung zu beginnen.

(Die Stimmen werden ausgezählt)

**Präsident Hendrik Hering:**

Meine Damen und Herren! Ich darf um Aufmerksamkeit bitten für die Bekanntgabe des Wahlergebnisses zur Wahl der Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz.

Abgegebene Stimmen: 101.

Gültige Stimmen: 101.

Ja-Stimmen: 52.

(Anhaltend starker Beifall der SPD, der FDP  
und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Vervollständigung, für das Protokoll, aber es ist auch errechenbar: Mit Nein haben 49 gestimmt.

Frau Abgeordnete Dreyer, Sie sind damit entsprechend den Bestimmungen der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz mit der vorgeschriebenen Mehrheit zur Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz gewählt worden.

Ich darf Ihnen die Frage stellen: Nehmen Sie die Wahl an?

**Abg. Malu Dreyer, SPD:**

Ja, ich nehme die Wahl an. – Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Hendrik Hering:**

Wir kommen damit zu **Punkt 10** der Tagesordnung:

**Vereidigung der Ministerpräsidentin**

Wir werden die Vereidigung im Rund des Plenarsaals vornehmen. Dazu liegt die Urfassung der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz vor, die in der Regel nur alle fünf Jahre zum 18. Mai aus dem Tresor geholt wird.

Ich darf Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den  
Plätzen)

Frau Ministerpräsidentin, ich darf Sie bitten, die Eidesformel nachzusprechen:

Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, –

**Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:**

Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, –

**Präsident Hendrik Hering:**

– dass ich mein Amt unparteiisch, –

**Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:**

– dass ich mein Amt unparteiisch, –

**Präsident Hendrik Hering:**

– getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohl des Volkes führen werde.

**Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:**

– getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohl des Volkes führen werde, so wahr mit Gott helfe.

**Präsident Hendrik Hering:**

Herzlichen Glückwunsch im Namen des ganzen Hauses! Alles erdenklich Gute für die Amtsführung und Gottes Segen.

**Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:**

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP, des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der  
AfD)

**Präsident Hendrik Hering:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden die Sitzung jetzt für eine Stunde unterbrechen, das heißt, wir werden uns um 13:35 Uhr zur Fortsetzung der Sitzung wieder hier zusammenfinden.

Unterbrechung der Sitzung: 12:36 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung: 13:40 Uhr

**Präsident Hendrik Hering:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren mit der konstituierenden Sitzung fort und kommen zu **Punkt 11** der Tagesordnung:

**Bekanntgabe der durch die Ministerpräsidentin  
ernannten Ministerinnen und Minister**

Ich darf die Ministerpräsidentin bitten, uns dies mitzuteilen.

**Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:**

Herr Präsident, liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, sehr verehrte Herren und Damen, liebe Gäste! Gestatten Sie mir ein paar wenige Vorbemerkungen. Für mich ist heute – das wird Sie nicht wundern – ein ganz besonders glücklicher Tag.

Ich möchte mich an allererster Stelle sehr, sehr herzlich bei meinen Kollegen und Kolleginnen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedanken. Herzlichen Dank für das Vertrauen, das Sie mir entgegengebracht haben! Vielen Dank!

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich sehr darauf, mit Ihnen gemeinsam für die Bürger und die Bürgerinnen unseres Landes in eine neue Legislaturperiode zu starten. Der Auftrag zur Regierungsführung ist für mich Bestätigung, Ermutigung, aber auch Verpflichtung zugleich. Ich habe um das Vertrauen der Menschen geworben. Auf dieser Grundlage werbe ich auch um das Vertrauen der Mitglieder dieses Hauses.

Ich weiß um die große Verantwortung, die mit dieser Wahl verbunden ist, und ich werde alles daran setzen, diesem

Vertrauen auch in den nächsten fünf Jahren gerecht zu werden.

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, mein Anliegen bleibt es, dass das Land, unser Land Rheinland-Pfalz, auch in Zukunft sozial gerecht ist, ein wirtschaftlich starkes Land und ein lebenswertes Land ist, ein Land, das seinen Blick entschlossen in die Zukunft richtet, ein Land, das für alle seine Bürger und seine Bürgerinnen ein gutes Leben bereit hält, und zwar heute, morgen, aber auch übermorgen; denn es geht auch darum, für diejenigen zu handeln, für die künftigen Generationen zu handeln, die sich heute noch gar nicht artikulieren können.

All das ist nur in Frieden und Freiheit zu erreichen. Wir haben das Glück, in Rheinland-Pfalz seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wirklich friedlich und frei im Herzen Europas zu leben. Dass Europa lebt und gelebt wird, ist die Grundlage für diese Entwicklung.

Dazu gehört auch die Verteidigung unserer Freiheiten, wie die Meinungs-, die Presse-, die Religionsfreiheit und die Freizügigkeit. Diese Errungenschaften prägen Deutschland, und sie prägen Europa und damit auch uns. Sie werden zurzeit leider allzu oft infrage gestellt. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz wird sich auch künftig uneingeschränkt für unsere verfassungsrechtlich garantierten Freiheiten und damit für ein offenes, für ein freies Deutschland und Europa einsetzen; denn das ist es, was Rheinland-Pfalz am Ende ausmacht. Wir haben heute schon von anderen gehört: Dass wir hier in Freiheit und Frieden leben, ist die Grundlage dafür, dass es uns so gut geht.

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, zwei Monate ist es her, dass die Rheinland-Pfälzer und die Rheinland-Pfälerinnen ihre Stimmen abgegeben haben. Wir alle sind vom Volk gewählt, und diese unsere Bevölkerung hat uns den Auftrag gegeben, unser Land zu gestalten. Wir haben die Aufgabe, im Interesse aller Bürger und aller Bürgerinnen für ein starkes Rheinland-Pfalz zu handeln, in der Regierung und auch in der Opposition.

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, lassen Sie uns dabei in einen offenen Dialog treten. Lassen Sie uns konstruktiv und fair über die politischen Themen der Gegenwart miteinander streiten. Diskurs und Debatte, der Austausch von Meinungen und Auffassungen, das ist gelebte Demokratie. Wo Politik den fairen und klaren Wettstreit um die besten Lösungen zeigt, da ist sie anerkannt. Wo sie zankt, wo sie polemisiert, wo sie sich verkämpft, da haben alle am Ende verloren.

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, ich habe im Januar 2013 in meiner ersten Regierungserklärung in diesem Haus – nicht in diesem Gebäude – deutlich gemacht, dass ich mit Verantwortung und Zuversicht regiere. Verantwortung und Zuversicht, eine ehrliche und transparente Politik werden meinen Regierungsstil auch in den nächsten fünf Jahren prägen. Dabei bin ich davon überzeugt, dass unsere neue Regierungskoalition die richtige Partnerschaft in diesen Zeiten und für unser Land ist. Unsere gemeinsamen politischen Ziele haben wir im Koalitionsvertrag niedergelegt. Wir sind davon überzeugt, dass das gemeinsam entwickelte Vertrauen menschlich, aber auch politisch eine gute Grundlage dafür ist, unser Land in eine gute

Zukunft zu führen.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, die vergangenen Wochen und Monate haben uns alle ziemlich viel abverlangt. Das gilt für alle, die uns geholfen haben, und das gilt für alle, die mit uns Politik gestalten. Ich persönlich bin darüber hinaus ganz besonders dankbar für die Unterstützung meines Mannes, unserer Kinder, unserer Familie und unserer Freunde. Bei ihnen will ich mich an dieser Stelle aus ganzem Herzen ganz besonders bedanken.

Verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Kollegen und Kolleginnen, liebe Bürger und Bürgerinnen! Ich freue mich sehr darauf, dieses hohe Amt weiterhin mit Tatkraft, Elan und großer Freude ausüben zu dürfen. Ich gehöre zu den Politikerinnen, die fest davon überzeugt sind, dass Freude auch überspringt und Freude in dem, was man tut, eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass man es gut tun kann. Ich freue mich also, dieses Amt weiterhin innehaben zu dürfen.

Nun beginnt eine Phase, in der ich als Ihre Ministerpräsidentin mit meinem Kabinett Bewährtes bewahren und Neues wagen werde. Dabei ist klar, die Bürger und die Bürgerinnen in Rheinland-Pfalz können sich auf mich verlassen. Sie können sich darauf verlassen, dass ich mich für die Menschen in diesem Land stark mache. Sie können sich auch darauf verlassen, dass ich für ihre Interessen und Anliegen streite, und sie können sich darauf verlassen, dass ich für einen starken Zusammenhalt in unserem Land Sorge.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dem heute konstituierten Parlament der 17. Legislaturperiode. Lassen Sie uns gemeinsam für ein starkes, für ein demokratisches Rheinland-Pfalz arbeiten. Ich freue mich darauf.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen nun bekanntgeben, dass ich gemäß Artikel 98 Abs. 2 Satz 2 unserer Verfassung Herrn Dr. Volker Wissing zum Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau ernannt habe. Ich habe ihn zugleich gemäß Artikel 105 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung zu meinem Stellvertreter bestimmt.

Des Weiteren habe ich Herrn Roger Lewentz zum Minister des Innern und für Sport,

Frau Doris Ahnen zur Ministerin der Finanzen,

Frau Ulrike Höfken zur Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten,

Herrn Herbert Mertin zum Minister der Justiz,

Frau Sabine Bätzing-Lichtenthäler zur Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie ernannt.

– Entschuldigung, Sekunde, da ist gerade etwas durcheinandergegangen.

Ich habe Herrn Professor Dr. Konrad Wolf zum Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur und

Frau Dr. Stefanie Hubig zur Ministerin für Bildung ernannt.

Ergänzend möchte ich Sie davon unterrichten, dass ich im Anschluss – – –

(Zurufe im Hause)

– Wie bitte, habe ich jemanden vergessen?

**Präsident Hendrik Hering:**

Frau Spiegel fehlt noch!

**Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:**

– Entschuldigung. Meine Papiere sind etwas durcheinandergeraten.

(Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

Selbstverständlich habe ich aber eben Frau Anne Spiegel zur Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz ernannt.

Ich habe es geschafft!

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ergänzend hierzu möchte ich Sie davon unterrichten, dass ich im Anschluss an die heutige Sitzung des Ministerrats vor dem Hintergrund der neuen Ressortzuschnitte

Herrn Staatssekretär Hans Beckmann mit den Aufgaben des Staatssekretärs im Ministerium für Bildung betrauen werde.

Die Herren Staatssekretäre Günter Kern und Randolph Stich werde ich mit den Aufgaben von Staatssekretären im Ministerium des Innern und für Sport betrauen.

Des Weiteren werde ich nach der Niederlegung ihres Mandats

Herrn Clemens Hoch zum Staatssekretär als Chef der Staatskanzlei ernennen,

Frau Heike Raab zur Staatssekretärin als Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa ernennen und mit den Aufgaben der Bevollmächtigten des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales betrauen,

Herrn David Langner zum Staatssekretär ernennen und mit den Aufgaben des Staatssekretärs im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie betrauen,

Herrn Andreas Becht zum Staatssekretär ernennen und mit den Aufgaben eines Staatssekretärs im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau betrauen,

Frau Daniela Schmitt zur Staatssekretärin ernennen und mit den Aufgaben einer Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau betrauen,

Herrn Dr. Stephan Weinberg zum Staatssekretär ernennen und mit den Aufgaben des Staatssekretärs im Ministerium der Finanzen betrauen,

Herrn Philipp Fernis zum Staatssekretär ernennen und mit den Aufgaben des Staatssekretärs im Ministerium der Justiz betrauen und

Frau Dr. Christiane Rohleder zur Staatssekretärin ernennen und mit den Aufgaben der Staatssekretärin im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz betrauen.

Lieber Herr Präsident, ich darf Sie bitten, die Vereidigung der Minister und Ministerinnen vorzunehmen.

(Unruhe im Hause)

Weiter darf ich Sie bitten, durch das Hohe Haus gemäß Artikel 98 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung die Bestätigung der Landesregierung und gemäß Artikel 105 der Verfassung die Zustimmung zur Bestellung meines Stellvertreters herbeizuführen.

Ich hoffe, dass ich aufgrund der Unruhe nicht noch etwas vergessen habe, aber ich glaube, das war alles vollständig.

**Präsident Hendrik Hering:**

Herr Barbaro!

**Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:**

Ich beabsichtige, Herrn Professor Dr. Salvatore Barbaro zum Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur zu ernennen

– Entschuldigung, aber es war die Aufregung des Tages –

(Zurufe von der CDU)

und Herrn Dr. Thomas Griese zum Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten.

(Unruhe im Hause)

Ich glaube, ich habe alle. Gut, dann hat das etwas zur Erheiterung beigetragen. Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben. Ich bitte jetzt den Präsidenten, die Vereidigung vorzunehmen. Herzlichen Dank!

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Hendrik Hering:**

Dieser Bitte komme ich selbstverständlich nach. Damit kommen wir zu **Punkt 12** der Tagesordnung:

**Vereidigung der Ministerinnen und Minister**

Das wird wieder im Rund geschehen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen)

Ich werde die Eidesformel vortragen und dann die neu ernannten Staatsminister einzeln nach vorne bitten, um die Eidesformel zu bekräftigen.

„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich mein Amt unparteiisch, getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohle des Volkes führen werde.“

Ich darf zunächst Herrn Staatsminister Dr. Volker Wissing bitten.

**Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

**Präsident Hendrik Hering:**

Herzlichen Glückwunsch! – Herr Staatsminister Roger Lewentz.

**Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:**

Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

**Präsident Hendrik Hering:**

Herzlichen Glückwunsch!

**Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:**

Danke.

**Präsident Hendrik Hering:**

Frau Staatsministerin Doris Ahnen.

**Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:**

Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

**Präsident Hendrik Hering:**

Herzlichen Glückwunsch! – Herr Staatsminister Herbert Mertin.

**Herbert Mertin, Minister der Justiz:**

Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

**Präsident Hendrik Hering:**

Herzlichen Glückwunsch! – Frau Staatsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler.

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:**

Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

**Präsident Hendrik Hering:**

Herzlichen Glückwunsch! – Frau Staatsministerin Anne Spiegel.

**Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz:**

Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

**Präsident Hendrik Hering:**

Herzlichen Glückwunsch! – Frau Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig.

**Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:**

Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

**Präsident Hendrik Hering:**

Herzlichen Glückwunsch! – Frau Staatsministerin Ulrike Höfken.

**Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten:**

Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

**Präsident Hendrik Hering:**

Herzlichen Glückwunsch! – Herr Staatsminister Professor Dr. Konrad Wolf.

**Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:**

Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

**Präsident Hendrik Hering:**

Herzlichen Glückwunsch! Damit ist die Landesregierung vereidigt.

Wir kommen zu **Punkt 13** der Tagesordnung:

**Bestätigung der Landesregierung gemäß Artikel 98 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung**

Die Bestätigung der Landesregierung erfolgt durch Erheben vom Platz. Wer die Landesregierung bestätigen möchte, den darf ich bitten, sich vom Platz zu erheben! – Danke. Gegenstimmen? – Danke. – Ich stelle damit fest, dass

die Landesregierung gemäß Artikel 98 Abs. 2 Satz der Landesverfassung die erforderliche Mehrheit erreicht hat und damit bestätigt ist.

Wir kommen damit zu **Punkt 14** der Tagesordnung:

**Zustimmung zur Ernennung eines stellvertretenden Ministerpräsidenten gemäß Artikel 105 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung**

Durch die Ministerpräsidentin wird Herr Dr. Volker Wissing vorgeschlagen. Hier erfolgt die Abstimmung ebenfalls durch Erheben vom Platz. Wer der Ernennung zustimmen möchte, den darf ich bitten, sich vom Platz zu erheben! – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit hat Herr Wissing die Zustimmung des Landtags durch die Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhalten. Auch hier herzlichen Glückwunsch!

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit kommen wir zur Festsetzung des nächsten Sitzungstermins.

Die Abgabe der Regierungserklärung durch die Ministerpräsidentin wird am Mittwoch, den 1. Juni 2016, um 14:30 Uhr erfolgen. Die Aussprache zu dieser Regierungserklärung wird am Donnerstag, den 2. Juni 2016, um 09:30 Uhr erfolgen.

Ich darf Ihnen noch mitteilen, dass die erste Sitzung des Ältestenrats unmittelbar an diese Sitzung im Isenburg-Karee im Raum 004 stattfinden wird.

Meine Damen und Herren, damit wären wir fast am Ende der konstituierenden Sitzung. Diese Sitzung wird durch die Nationalhymne beendet werden. Mir ist mitgeteilt worden – das hat mir das Protokoll vorsorglich aufgeschrieben –, dass mit dem Gesang ab dem ersten Ton einzusetzen ist.

(Heiterkeit im Hause)

Ich darf also um volle Konzentration bitten für die Harmonie des Tages. Ich darf Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben. Die Kapelle wird gleich beginnen.

(Die Anwesenden erheben sich und singen unter musikalischer Begleitung des Polizeiorchesters die Nationalhymne)

Vielen Dank!

Damit ist die konstituierende Sitzung geschlossen. Vielen Dank!

Ende der Sitzung: 14:01 Uhr